WP-01-K3-122

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Dennis Forster (KV Regensburg-Stadt)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 122 bis 124:
Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter ~~für die Realität der Einwanderungsgesellschaft öffnen und die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt dauerhaft darin aufnehmen.~~rassismus- und antisemitismuskritisch der Realität der Einwanderungsgesellschaft anpassen. Die Rolle des Staates bei rechter Gewalt seit 1945 soll weiterhin kritisch aufgearbeitet und in der politisch-historischen Bildungsarbeit vermittelt werden. Erinnerung an die Opfer muss immer an konkretes Handeln gegen aktuelle extrem rechte und menschenfeindliche Bestrebungen gekoppelt sein.

Begründung

- Die deutsche Erinnerungskultur muss nicht für Deutsche mit Migrationsgeschichte „geöffnet“ werden, sondern nur ihrem Namen gerecht werden und die Gesellschaft widerspiegeln. Dazu muss sie sich inhaltlich, thematisch und in ihren Formen dort anpassen, wo sie bisher u.a. migrantische, jüdische oder queere Perspektiven und Erfahrungen ausblendet. Dies muss aber rassismus- und antisemitismuskritisch vonstatten gehen - also weder z.B. paternalisierend und zuschreibend gegenüber migrantisierten Menschen, und vor allem nicht auf eine Art, die im Namen einer vermeintlichen „Öffnung“ israelbezogenen Antisemitismus und die Shoah verharmlost.

- Die Auseinandersetzung mit den Kontinuitäten nationalsozialistischer Ideologie und mit rassistischer, antisemitischer, sozialdarwinistischer und rechter Gewalt nach 1945 muss fester Bestandteil eines erinnerungskulturellen Kanons von Menschen in dieser Gesellschaft sein. Das BKM-Entwurfpapier zu einer Reform der Gedenkstättenkonzeption des Bundes beinhaltete dies, wurde 2024 aber von Gedenkstättenleiter*innen harsch kritisiert, u.a. weil es eine Gleichsetzung staatlicher Massenverbrechen der NS- und SED-Diktatur mit den Verbrechen nicht-staatlicher Akteur*innen suggerierte. Dies adressieren wir hier, indem wir speziell die Rolle des Staates bei diesen postnationalsozialistischen Verbrechen in den Blick nehmen. Gerade wenn es um die jüngste Vergangenheit geht, müssen wir aber trennscharf agieren und dürfen nicht unter „Erinnerung“ verhandeln, was eigentlich Prävention, Intervention und aktives Engagement in Politik, Zivilgesellschaft und Bildungsarbeit sein müsste.

weitere Antragsteller*innen

Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt); Elisabeth Doblinger (KV Regensburg-Stadt); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lisa Krüger (KV Würzburg-Stadt); Jasper Robeck (KV Erfurt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt); Regina Hammerl (KV Regensburg-Land); Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Malte Gerlach

(KV Kassel-Stadt); Thomas Fleck (KV Regensburg-Stadt); Lisa Wittmann (KV Regensburg-Stadt); Johannes Menze (KV Paderborn); Armin Schäfer (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.